

Wilhelm Vossenkuhl

GRENZEN DES INDIVIDUALISMUS HAT SICH DER BEGRIFF DER GESELLSCHAFT VERÄNDERT?

Es war lange ein Gemeinplatz, dass das Ganze vor den Teilen kommt. Aristoteles sprach davon und nach ihm die politikphilosophische Tradition bis ins 20. Jahrhundert. Gemeint war, dass die Gesellschaft vor dem Einzelnen kommt, zwar nicht in jeder Hinsicht, aber doch im Hinblick auf das Gemeinwohl und alle damit zusammenhängenden Ansprüche. Im Konfliktfall sollte der Einzelne zugunsten der Interessen des Ganzen zurückstehen. Dieser Vorrang des Ganzen vor den Teilen ist in der Moderne immer wieder in Frage gestellt worden, nicht zuletzt deswegen, weil er in totalitären Systemen schamlos missbraucht wurde. In demokratischen, offenen Gesellschaften war die Berufung auf das Wohl des Ganzen bisher aber selten zweideutig. Gerade diese Gesellschaften haben den Interessen der Individuen einen immer größeren Spielraum gewährt. Deswegen kann es kaum überraschen, dass es nun so scheint, als gäbe es in diesen Gesellschaften einen Vorrang der Interessen der Individuen vor den Ansprüchen des Ganzen. Wir haben jedenfalls gute Gründe, über diese Entwicklung nachzudenken. Denn die Konsequenzen, die eine Umkehrung des Verhältnisses zwischen dem Ganzen und seinen Teilen nach sich ziehen, sind beträchtlich. Wenn diese Konsequenzen mehr als bisher zutage treten, wird die Gesellschaft eine andere sein als die, welche wir noch immer kennen.

Der Vorrang des Ganzen vor den Teilen hat zumindest in einer demokratischen Gesellschaft vor allem Vorteile für die überwiegende Mehrzahl der Einzelnen. Die meisten Individuen werden dadurch geschützt. Besonders die Schwachen dürfen sich geborgen wissen im Ganzen. Das Gemeinwohl hat das humanitäre Ziel, Kindern und Jugendlichen, Behinderten, Alten, Kranken und Arbeitslosen zu helfen, also all denen, die sich nicht selbst helfen können. Außerdem wird durch das Gemeinwohl der chancengleiche Zugang vor allem der jungen Menschen zu Bildungs- und Berufschancen gewahrt. Es kommt mir nun nicht darauf an, ob dies noch so ist oder jemals so war, es geht mir vielmehr um eine Erinnerung an die Vorzüge, die mit dem Vorrang des Ganzen vor den Teilen zumindest in der Idee verbunden sind. Freilich können nie alle Mitglieder einer Gesellschaft mit diesem Vorrang zufrieden sein. Vor allem diejenigen, welche stark genug sind oder sich stark genug fühlen, für sich selbst zu sorgen, und sich in Sicherheit wiegen, sich einfach zu kaufen oder zu beschaffen, was sie brauchen, werden mit dem Gemeinwohlgedanken und dem Vorrang des Ganzen nicht viel im Sinn haben. Es fällt ihnen dabei nicht auf, dass sie direkt oder indirekt die Segnungen des Gemeinwohls etwa in Gestalt des Bildungs-, des Gesundheitswesens, der Infrastruktur und der inneren und äußeren Sicherheit genießen.

Allerdings hat der Vorrang des Ganzen vor den Teilen selbst in demokratischen Gesellschaften nicht nur Vorteile. Die Autorität, die das Ganze in Gestalt von Regierungen, des Rechts und der Rechtsprechung über die Einzelnen ausübt, dient nicht immer deren Vorteil und war und ist nicht immer fair und gerecht. John Stuart Mill hat in seinem Essay „On Liberty“ Mitte des 19. Jahrhunderts – in der vordemokratischen Epoche – die Freiheiten des Einzelnen gegen die staatlichen und kirchlichen Autoritäten verteidigt und die Ansprüche der Aufklärung im industriellen Zeitalter neu formuliert. Seitdem hat der Individualismus, die Unabhängigkeit des Einzelnen von staatlichen und gesellschaftlichen Autoritäten immer mehr zugenommen. Die liberalen Demokratien des Westens haben in ihren Verfassungen den Schutz des Einzelnen, seiner Interessen und seiner gleichen Freiheiten festgeschrieben. Sie sind noch nicht in jeder Hinsicht verwirklicht. Frauen verdienen noch immer weniger als Männer, und die unabhängige und gleichberechtigte Gestaltung des Lebens ist für gleichgeschlechtliche Paare noch nicht überall möglich und dort, wo sie möglich ist, heftig umstritten. Deswegen mag es etwas voreilig anmuten, wenn ich jetzt schon von einem

Vorrang der Einzelnen vor dem Ganzen spreche, wo der Individualismus in den Augen vieler noch nicht in voller Blüte steht.

Meine These ist nun aber, dass der Individualismus nicht nur in voller Blüte steht, sondern an bestimmten Stellen sogar schon zu welken beginnt. Um dies nachvollziehen zu können, müssen wir uns einige Aspekte des Individualismus nur deutlich vor Augen führen. Der Individualismus hat die Gesellschaft nachhaltig verändert. Dafür lassen sich mühelos Nachweise erbringen. Der individuelle Freiraum, den die Menschen bei ihrer Lebensgestaltung wahrnehmen, hat das Leben in den Städten verändert, zeigt sich im Wohnungsbau, an der Zahl der Geburten, in der Wahl der Berufe, im Wechsel der Arbeitsplätze usf. Besonders eindrucksvoll ist der Individualismus am Lebensende. Nicht nur die Patientenautonomie, die Selbstbestimmung bei Entscheidungen über ärztliche Diagnosen und Therapien hat enorm zugenommen; es gibt auch eine Pflicht der Ärzte, ihre Patienten über deren Erkrankungen und die Therapiechancen aufzuklären. Die individuelle Verfügung über die Art des Sterbens nach schweren Unfällen, bei ungünstigen Prognosen, im Falle von Wachkomata und bei irreversibel verlaufenden schweren Erkrankungen ist in Gestalt der Patientenverfügung inzwischen rechtlich anerkannt. Nicht im gleichen Atemzug, aber doch im nächsten kann man die lebhafteste Debatte um den assistierten Suizid nennen, wiederum ein Ausdruck der individuellen Selbstbestimmung. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass im medizinischen Bereich der Individualismus durch die Autonomie von Patientinnen und Patienten einen Höhepunkt erreicht hat. Hier hat der Einzelne in der Tat Vorrang vor dem Ganzen, weil es bei der individuellen Willensbildung in den Fragen von Krankheit und Tod nicht mehr darauf ankommt, was die Gesellschaft als Ganze will und darüber denkt. Beim Thema „assistierter Suizid“ leistet die Gesellschaft, insbesondere die Ärzteschaft, noch einen gewissen Widerstand gegen das, was viele Einzelne wollen. Wenn die Sterbewilligen aber hierzulande keine Hilfe erwarten können, wird sie ihnen in einer der beiden schweizerischen Organisationen für das freiwillige Sterben zuteil. Insgesamt gesehen genießt der Wille des Einzelnen, wie diese Beispiele zeigen, einen beinahe absoluten Vorrang, unabhängig von dem, was die Gesellschaft, repräsentiert durch die parlamentarischen Mehrheiten, will und für gut hält.

Warum meine ich nun, dass dieser schwer erkämpfte und in vieler Hinsicht unverzichtbare Individualismus bereits Anzeichen des Verfalls

zeigt? Es scheint so, als würde der Individualismus in manchen Bereichen und dann immer an einem bestimmten Punkt für den Individualisten selbst nachteilig und sich in das Gegenteil dessen verkehren, was ursprünglich beabsichtigt war. In den Patientenverfügungen finden die behandelnden Ärzte z.B. Listen all der Dinge, die ein Patient, sofern er selbst nicht mehr für sich sprechen kann, nicht wünscht, um rasch und schmerzfrei sterben zu können. Diese Negativlisten erweisen sich in manchen Fällen – wie sich inzwischen herausgestellt hat – als fatal, weil es leicht der Fall sein kann, dass der Tod ohne eine bestimmte Therapie qualvoller werden kann, als er mit einer Therapie wäre. Es hat also nicht immer Sinn, auf lebensverlängernde Maßnahmen zu verzichten, auch wenn sie nur kurze Zeit wirksam sind. Das schmälert nicht den Wert von Patientenverfügungen, zeigt aber, dass ein Gewinn an Autonomie nicht notwendig unter allen Umständen segensreich sein muss.

Nicht weniger deutlich wird diese merkwürdig selbstzerstörerische Tendenz des Individualismus an anderen Beispielen. Die Gestaltung der Freizeit wird z.B. von einer wachsenden Industrie begleitet, die es dem Einzelnen ohne allzu große Investitionen erlaubt, sein Schicksal bei Extremsportarten auf die Probe zu stellen. Bergsteigen, Rafting, Gleitschirmfliegen u.ä. stehen als Sportarten jedem offen, der meint, er brauche das, um sich selbst zu finden. Dabei wird von vielen übersehen, dass das Risiko, durch Unfälle zu Schaden zu kommen, bei bestimmten Aktivitäten sehr hoch ist. Kurt Diemberger, der den K2, einen der höchsten Achttausender, bezwang, bezifferte sein Risiko, bei diesem Unternehmen nicht zu überleben, mit 1 : 5, und damit wäre es höher als beim russischen Roulette, wo es lediglich 1 : 6 beträgt. Interessanterweise werden die Risiken von Extremsportarten häufig falsch eingeschätzt. Jedermann steht es frei, die Risiken der Sportart auf sich zu nehmen, die er sich wünscht. Müsste aber nicht jeder, der dies tut, auch sein jeweiliges Risiko selbst tragen? In dieser Hinsicht ist jeder, der russisches Roulette spielt, vorbildlich. Er spielt immer auf eigenes Risiko. Bei anderen risikoreichen Formen der Lebensführung ist es noch nicht ganz so weit, weil die Solidargemeinschaft der Krankenkassen z.B. noch immer einen Teil dieser Risiken abdeckt. Sollte dies aber irgendwann nicht mehr so sein, wird augenfällig werden, an welchem Punkt der Individualismus zu einem unberechenbaren individuellen Risiko werden kann.

Manch einer wird der Ansicht sein, dass solche Blüten des Individualismus auch individuell verantwortet werden sollten. Soll dies aber für alle Aspekte der individuellen Lebensführung gelten, etwa auch für genussbedingte Risiken (Alkohol, Nikotin, Fett, Zucker etc.)? Soll es auch für individuelle genetische Risiken gelten, die jemand nicht rechtzeitig erkennen und – falls möglich – eindämmen will? Es gibt eine gewisse Neigung bei vielen, vor allem bei Gesunden, die hohe Krankenkassenbeiträge zahlen, bestimmte Risiken der Lebensführung – natürlich immer zu Lasten der anderen – zu privatisieren, etwa nach der Devise, wenn einer sich unbedingt ruinieren will, soll er das ruhig dürfen, vorausgesetzt er kommt am Ende selbst dafür auf. Dies klingt folgerichtig individualistisch, zeigt aber, wie nachteilig der Individualismus für den Individualisten werden kann. Es ist dabei klar, dass sehr wenige Menschen in einer Gesellschaft tatsächlich extreme Risiken der Lebensführung selbst tragen können. Die weitaus größte Anzahl der Mitglieder einer Gesellschaft sind auf die Solidarität des Ganzen angewiesen, nicht nur, wenn es ihnen wirklich schlecht geht, sondern tagtäglich.

Bei den eben erwähnten Beispielen fällt auf, dass der Individualismus von einem bestimmten Punkt an die Bindekräfte einer Gesellschaft, die Bande der Solidarität, unmerklich lockert und zumindest an bestimmten Punkten langsam löst. Und was sich einmal gelöst hat, – das weiß jeder Heimwerker – lässt sich schwer wieder dauerhaft verleimen. Natürlich stehen im Hintergrund auch knappe Kassen, fehlende Steuermittel und die daraus folgenden Probleme, die bisherige Verteilung der öffentlichen Mittel aufrecht zu halten. Der einzige Ausweg scheint der über den privaten Geldbeutel zu sein, aus dem scheinbar noch genug zu holen ist. Es wäre aber ein Fehler zu meinen, die Mittelknappheit sei die alleinige oder gar die primäre Ursache der Individualisierung und Privatisierung der Risiken. Der Individualisierungsprozess hat kollektive Folgen, und die zeigen sich zuallererst am Zerfall der Solidarität der sozialen Gruppen untereinander und dann nach und nach an der Auflösung der Solidarität innerhalb der Gruppen. Denn immer dann, wenn die Mittel knapp werden, ist jedem Einzelnen das Hemd näher als die Jacke.

Die Mittelknappheit bringt die Folgen der Individualisierung an den Tag, ist aber nicht deren Ursache. Wenn der Einzelne glaubt, dass seine Interessen einen Vorrang vor denen des Ganzen haben, will er gefragt werden, wenn ihm solidarische Leistungen abverlangt werden. Er

glaubt dann auch nicht mehr wirklich, dass irgend jemand sonst noch ungefragt solidarisch sein will. Warum soll ausgerechnet er es dann sei? Wer wollte z.B. ohne Weiteres auf einen Lohnzuwachs verzichten, damit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können? Es gibt schließlich genügend Argumente, die zeigen, dass Lohnverzicht keine Arbeitsplätze bringt. Warum soll man dann also verzichten? Fragen dieser Art zeigen, dass die Solidarität mit denjenigen, denen es schlechter geht, entweder in Zweifel steht oder schon abhanden gekommen ist. Je mehr und je häufiger ich z.B. gefragt werde, ob ich – ohne selbst einen Vorteil zu haben – einer Entscheidung zustimmen; und je häufiger ich gefragt werde, ob ich etwas für andere tun will, desto klarer wird mir, dass ich eigentlich gar nicht muss, und wenn ich nicht muss, warum soll ich dann überhaupt noch wollen? Natürlich schließt diese Form der Individualisierung nicht aus, dass ich mich dennoch an einen bestimmten Wertekanon halte, auch auf die Gefahr hin, dass dies naiv und antiquiert erscheint. Dieses „wertkonservative“ Verhalten ist aber, sobald es keine Selbstverständlichkeit mehr ist, anstrengender als die Anpassung an den Individualismus, der aus dem Egoismus eine Tugend macht.

Der Preis der Individualisierung ist, dass das, was Rousseau den allgemeinen Willen nannte, durch die Summe der Willen aller Einzelnen ersetzt wird. Dies klingt wie eine Tautologie, ist es aber beileibe nicht. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob das, was in einer Gesellschaft geschehen soll, aus der Summe aller Einzelwillen folgt oder ob die politisch Verantwortlichen einen - durch freie, direkte und geheime Wahlen korrigierbaren - Willen des Ganzen unterstellen, ohne die Individuen zu fragen, was sie wollen. Der Allgemeinwille wird in der politischen Willensbildung und in demokratischen Wahlen gebildet und dann besonders bei schwierigen Entscheidungen unterstellt. Umfragen ermitteln die vielfältigen und widersprüchlichen Willen aller, besser gesagt die Einstellungen einer repräsentativen Gruppe von Personen zu den Fragen, die ihnen gestellt werden und nur zu diesen. Es geht mir hier nicht darum, das Geschäft der Meinungsumfragen zu diskreditieren. Es geht nur darum, wie weit der Individualisierungsprozess gehen kann, ohne sich selbst in Frage zu stellen und zu konterkarieren. Am Rande sei bemerkt, dass die Praxis der Meinungsumfragen und das fortlaufende „Politikbarometer“ Erscheinungen des Individualismus sind, welche den politischen Willensbildungsprozess, der in der Verantwortung der *politischen Parteien liegt, verändert, vielleicht sogar ersetzt haben.*

Es ist zweifellos so, dass die Politik gerade im Zeitalter der Individualisierung die Aufgabe, ja die Pflicht hat, für den politisch verantwortbaren Gesamtwillen zu entscheiden. Und dies bedeutet, dass die Politik jedem Einzelnen auch dann Leistungen für das Ganze abverlangen sollte, wenn die Mehrheit der Individuen nicht freiwillig solidarisch mit dem sozialen Ganzen sein will. Wenn die Politik eher auf die laufenden Umfrageergebnisse schaut als darüber nachzudenken, wie sie ihre Pflicht für das Ganze erfüllen kann, muss das Ganze darunter leiden. Können wir der Politik aber den Mut zur Pflichterfüllung abverlangen, wenn es jedem einzelnen Politiker darum geht, in rascher Folge immer wieder gewählt zu werden? Müssen wir dann nicht verstehen, dass es für manche Politiker ein Unding ist, vor einer Landtagswahl über die Erhöhung des Rentenalters öffentlich nachzudenken oder vier Jahre vor der nächsten Landtagswahl einer zweifelhaften Gesundheitsreform zuzustimmen?

Gerade diese Beispiele zeigen, wie nachhaltig der Individualisierungsprozess schon die Agenda des politischen Handelns prägt. Noch deutlicher wurde dies in der Vergangenheit bei den Diskussionen über die Finanzierung der Renten und heute bei den parteipolitischen Kämpfen um die Reform des Gesundheitswesens. Die Politiker lassen, bevor sie sich zu einer Entscheidung durchringen, einen Medien-Ballon steigen, um die öffentliche Meinung zu testen. Wenn sie dann festgestellt haben, was ihre jeweilige Klientel von bestimmten Vorstellungen hält, fällen sie mutig eine Entscheidung. Es sollte eigentlich umgekehrt sein, aber das ist vielleicht zu risikoreich im Blick auf die nächsten Wahlen. Deswegen können wir diese Reihenfolge des Willensbildungsprozesses nicht erwarten. Das kann nicht gemeint sein, wenn es in unserer Verfassung heißt, dass die Parteien bei der Willensbildung des Volkes mitwirken. Eher ist es so: Ein statistisch repräsentativer Teile des Volkes wirkt über die regelmäßigen Umfragen bei der Willensbildung der Politiker mit.

Die Gesellschaft hat sich verändert, und das nicht zum ersten Mal. Sie ist dauernd im Fluss, die Frage ist nur, wohin sie fließt. Die von uns allen erwünschten und nicht mehr wegzudenkenden Segnungen des Individualismus erreichen da und dort eine Grenze, an der sie in große Belastungen für den Einzelnen umschlagen. Dies zeigen Beispiele wie das Verhältnis zwischen Arzt und Patient oder die Tendenz zur Privatisierung von Risiken der Lebensführung. An diesen Stellen beginnt der

Individualismus zu welken. Onora O'Neill, die Präsidentin der British Academy spricht in ihrem Buch „Autonomy and Trust in Bioethics“ davon, dass der Individualisierungsprozess durch den abstrakten Zuwachs an Autonomie zu einem Verlust an Selbstbestimmung führen kann. Selbstbestimmung sei ohne gleichzeitig herrschendes Vertrauen nicht möglich. Das Problem ist nur, dass die Individualisierung zu einem Verlust an wechselseitigem Vertrauen in der Gesellschaft beigetragen hat. Woher soll neues Vertrauen kommen, oder lässt sich altes Vertrauen reanimieren? Vielleicht sollten wir beim Selbstvertrauen beginnen und nach dem Motto „Vertrau Dir selbst, dann tun das auch andere“ verfahren.

Vertrauen allein wird aber nicht genügen. Es ist auch die allgemeine und gleichzeitig individuelle Gewissheit nötig, dass niemand von der Gesellschaft im Stich gelassen wird, wenn es darauf ankommt, dass es Hilfe gibt. Diese Gewissheit gibt dem Vertrauen auf die Gesellschaft Stabilität. Gewissheit geben und vermitteln ist Sache der Politik. Nur sie kann dem Prozess der Individualisierung dort Grenzen setzen, wo sie bereits jetzt nötig sind. Adalbert Stifter lässt den Freiherrn von Risach im „Nachsommer“ den Unterschied zwischen einem „Staatsmann“ und einem „Staatsdiener“ erklären. Von Risach meint, beide – Staatsmann und Staatsdiener – brauchten „Scharfsinn genug [...], den Zusammenhang des Einzelnen mit dem Ganzen zum Wohle und Zwecke des Allgemeinen einzusehen“. Aber nur der Staatsmann, meinte Stifter im „Nachsommer“, leiste die dazu nötige gedankliche und politische Arbeit „mit Lust und Begeisterung“. Vielleicht könnten wir notgedrungen auf den Luxus des Staatsmanns verzichten, wenn wir nur genügend Staatsdiener hätten. Dann müssten wir uns keine so großen Sorgen um den derzeitigen und künftigen Zustand der Gesellschaft machen. Haben wir genügend Staatsdiener?

Literaturhinweise

Onora O'Neill, *Autonomy and Trust in Bioethics*. 3. Aufl. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2005.

Wilhelm Vossenkuhl, *Die Möglichkeit des Guten*, München: C.H. Beck 2006.